

Miltiadis Oulios

# **Klima-Kommunismus**

Gleichheit in Zeiten der Erderwärmung

UNRAST

## Eine neue Kultur des Teilens

*»Wir müssen uns wieder bewusst werden,  
dass niemand besser oder schlechter ist als wir selbst.  
Ich glaube, manchmal vergessen wir,  
dass wir alle Menschen sind.«*

Leo F. Buscaglia

Die Klimakrise stellt uns vor eine anspruchsvolle Aufgabe. Wir müssen lernen, miteinander zu teilen, und zwar auf eine ganz neue Art und Weise. Die Reichen müssen lernen, unser gemeinsames CO<sub>2</sub>-Budget mit den Ärmern zu teilen. Die Millionäre mit den Obdachlosen, die Besserverdienenden mit den Bürgergeld-Empfänger\*innen, die Beamt\*innen mit den Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Die obere Mittelschicht muss lernen mit der unteren Mittelschicht zu teilen. Der globale Norden mit dem globalen Süden.

Wir, die Europäer\*innen, müssen lernen, mit den Menschen in den Staaten Afrikas zu teilen. Schließlich steht die Europäische Union, noch vor den USA und China, auf Platz Eins der Hauptverantwortlichen für die Erderwärmung seit Beginn der Industrialisierung. Und zu Recht betont die ugandische Klimaaktivistin Vanessa Nakate, dass Afrika lediglich für zwei bis drei Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist.

*»Trotzdem muss Afrika laut der Afrikanischen Entwicklungsbank beinahe die Hälfte der Kosten der Anpassung an die Konsequenzen des Klimawandels schultern. Sieben der zehn Länder, die am anfälligsten für die gravierendsten Auswirkungen der Klimakrise sind, befinden sich in Afrika: der Südsudan, Nigeria, Äthiopien, Eritrea, Tschad, Sierra Leone und die Zentralafrikanische Republik.«<sup>10</sup>*

---

10 Vanessa Nakate, Unser Haus steht längst in Flammen. Warum Afrikas Stimme in der Klimakrise gehört werden muss, Hamburg, 2021, S. 11.

Die Menschen in den globalen Reichtumszonen, gleich ob im Norden, Süden, Osten oder Westen, müssen lernen, mit jenen Menschen zu teilen, die in ärmeren Regionen leben. Die Bewohner:innen des Londoner Reichen-Stadtteils Kensington mit den Menschen in den ärmeren ländlichen Regionen Bulgariens, die aus Berlin-Mitte mit denen aus Duisburg-Marxloh, Beverly Hills mit Nepal, die reichen Qataris mit den Menschen in Gaza. Sie merken schon: Das wird keine leichte Aufgabe.

Wollen wir das Klima und damit uns wirklich retten? Dann sollten wir dafür eine neue Kultur des Teilens entwickeln. Der erste Schritt in diese Richtung besteht darin, es auszusprechen, dafür zu werben, auch darüber zu streiten und die Entwicklung einer solchen Kultur des Teilens in den Mittelpunkt unserer politischen Auseinandersetzung zu stellen.

Sagt der Paketbote zur Rechtsanwältin: »Hör bitte auf, mein CO<sub>2</sub>-Budget aufzubauchen.« »Aber«, setzt die Anwältin an. »Nein, kein Aber«, unterbricht sie der Niedriglohn-Arbeiter höflich aber bestimmt, »lass es einfach sein.« »Das geht nicht«, entgegnet der Manager in einer ähnlichen Unterhaltung mit einer Altenpflegerin. »Es muss aber gehen«, bleibt die Pflegekraft standhaft. »Hast Du mich überhaupt gefragt, ob ich Dir meinen Anteil an unserem gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Budget zur Verfügung stellen möchte? Warum sollte ich das tun? Komm bitte mit Deinem eigenen Anteil aus!« Mag sein, dass es einige Privilegierte gibt, die sich in so einer Situation verständig zeigen würden. Die meisten lassen diese Einsicht noch vermissen. Wir werden sie daher politisch dazu zwingen müssen.

Können wir den Gedanken der radikalen Gleichheit, der einer solchen Kultur des Teilens zugrunde liegt, als notwendige Grundlage effektiven Klimaschutzes akzeptieren? Anders ist die Aufgabe nicht mehr zu meistern. Wenn jeder und jede exakt denselben Anteil an dem verbleibenden CO<sub>2</sub>-Bugdet der Menschheit nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, im echten Leben, erhalten soll, steht das natürlich im Widerspruch zu einer Weltgesellschaft, die von Ungleichheit geprägt ist, in der es Arme und Reiche gibt, Menschen, die wenig, und solche, die viel konsumieren, die kleine oder große Mengen an Treibhausgasen verursachen. Klima-Kommunismus bedeutet daher, sich dafür einzusetzen, dass dieses radikale Ziel auch erreicht wird. Wir wollen die Möglichkeiten zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß, so schnell es geht, demokratisch und gerecht aufteilen, bis eine klimaneutrale Wirtschaft möglich ist.

Der Imperativ zum Teilen ergibt sich dabei zunächst aus der banalen Tatsache, dass die Erdatmosphäre ein Gemeingut ist.<sup>11</sup> Mag sein, dass sich Erdöl- und Erdgasfelder, Kohlegruben, Waldgebiete und Weideflächen auf den Territorien von Staaten befinden und damit in den Besitz unterschiedlicher Eigentümer gelangen können. Die Luft aber lässt sich nicht einzäunen. Sie ist beweglich. Sie gehört niemandem und damit allen. Staaten erheben zwar Anspruch auf ihren Luft-Raum. Die Atmosphäre dieses Planeten an sich aber können wir uns nur teilen.

Dass jedem und jeder von uns daran derselbe Anteil zusteht, vergegenwärtigen wir uns bei jedem Atemzug. Jeder Mensch benötigt etwa dieselbe Menge an Sauerstoff zum Atmen, um am Leben zu bleiben. Übertragen gilt das auch für das Erdklima. Für jeden Menschen gelten dieselben klimatischen Bedingungen, dasselbe Temperaturfenster in der Atmosphäre als ideale oder zumindest ausreichende Voraussetzung für menschliches Leben und Zivilisation auf diesem Planeten.

Was aber wird nun aus dem liberalen Leistungsprinzip, das unsere Gesellschaften durchzieht? Nun, es gibt kein Leistungsprinzip, aus dem sich ableiten ließe, dass bestimmte Menschen mehr als andere die Konzentration von Kohlendioxid, Methan, Lachgas etc. in unserer Atmosphäre verändern und damit die Lebensbedingungen der gesamten Menschheit negativ beeinflussen dürfen. Es gibt keine Leistung, aus der das Recht zur Gefährdung anderer erwächst.

Ein Grundpfeiler kapitalistischer Gesellschaften gerät durch die Erderwärmung in eine existenzielle Legitimationskrise. Gemeinhin begründen wir die unterschiedlichen Möglichkeiten, den eigenen Lebensstandard zu gestalten, mit dem Verweis auf die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Individuen und Gesellschaften. Wer mehr leistet, kann sich eben mehr leisten als andere. Es gibt allerdings keine Leistung, die Indivi-

---

11 In diesem Sinne wiesen schon vor einem Jahrzehnt deutsche Klimaforscher darauf hin, dass die auf Verbrennung von Kohle, Öl und Gas basierende kapitalistische Entwicklung »die Atmosphäre als kostenlose Deponie für das Abfallprodukt CO<sub>2</sub>« nutzte. »Die Erdatmosphäre ist insofern ein globales Gemeingut, als sie eine Senke für CO<sub>2</sub> und andere Treibhausgase ist. Derzeit wird sie wie ein Niemandsland benutzt, das heißt: Sie steht unbeschränkt jedem kostenlos zur Verfügung.« Ottmar Edenhofer, Christian Flachsland und Bernhard Lorentz, Die Atmosphäre als globales Gemeingut, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung, Commons – für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld 2012, S. 473 ff.

duen oder soziale Gruppen zur Zerstörung unserer Lebensgrundlage berechtigen würde. Welche Leistung sollte das sein? Das Recht auf klimaschädliche Emissionen lässt sich nicht meritokratisch begründen. Die Klimakrise ist gleichmacherisch.

Für die Entwicklung einer neuen Kultur des Teilens, ist diese Erkenntnis zentral: Die klassische liberale Legitimierung sozialer Ungleichheit greift nicht mehr. Mag sein, dass jemand, der fleißiger oder erfindungsreicher ist als seine Mitmenschen, dadurch mehr Geld verdienen kann und somit das Recht erwirbt, in einem größeren Haus zu wohnen, mehr Autos zu besitzen, häufiger zu verreisen etc. Ausbeutung und die gewaltsame Aneignung von Ressourcen spielen in Wirklichkeit dabei eine gewichtige Rolle. Aber lassen wir diese Aspekte an dieser Stelle einmal außen vor. Die Leistungsfähigkeit eines Menschen, einer Gruppe, einer Nation mag Wohlstand bedingen, sie berechtigt aber nicht zu einem größeren Anteil am Gemeingut der Erdatmosphäre und zur Veränderung ihrer chemischen Zusammensetzung. Und erst recht nicht zur Gefährdung der Zukunft der Menschheit.

Auch dem Tüchtigen steht nur exakt derselbe Anteil zu wie seinem weniger tüchtigen Mitmenschen. Letzterer hat übrigens auch weniger zum Klimawandel beigetragen.

Warum sollte ich, nur weil ich gut schreiben und mit sonorer Stimme im Radio sprechen kann, deswegen das Recht besitzen, den Planeten für unsere Kinder unbewohnbar zu machen? Warum sollte eine Rechtsanwältin, nur weil sie Jura studiert hat und beredt Straftäter oder Opfer von Straftaten vor Gericht zu verteidigen weiß, den Klimawandel beschleunigen dürfen? Warum sollten Manager, nur weil sie BWL studiert haben und geschickt Betriebe leiten können, das Recht besitzen, häufigere Hurrikane, Waldbrände, Überschwemmungen, Dürren, Ernteaufschläge und Hitzetote zu verursachen?

Es wäre ein sinnloses Unterfangen, würden ein Manager, eine Rechtsanwältin, ein Journalist oder andere in ähnlicher Position versuchen, ihr Recht auf Klimazerstörung durch den Verweis auf ihre beruflichen Leistungen zu begründen. Im Gespräch von Angesicht zu Angesicht, von Mensch zu Mensch, würde ein solcher Erklärungsversuch bestenfalls lächerlich, schlimmstenfalls zynisch wirken. Selbstverständlich gibt es auch Menschen der ›Nach mir die Sintflut‹-Fraktion, denen das alles egal ist.

Wer die Maske fallen lässt und seine Rücksichtslosigkeit zur Schau trägt, verwirkt damit aber den moralischen Anspruch, politische Rücksichtnahme auf seine Sonderinteressen einfordern zu können.

Die große politische Aufgabe der kommenden Jahre wird daher darin bestehen, durchzusetzen, dass jeder und jede von uns nur noch denselben Anteil an fossiler Energie verbrauchen darf, und zwar jenen, der garantiert, dass wir die Klimaziele erreichen können. Das gilt für alle Lebensbereiche, denn alle sind relevant für den Klimaschutz. Aber selbstverständlich gibt es Unterschiede: TV-Serien zu streamen, ist z.B. nicht so schlimm, wie mit dem Flugzeug zu verreisen. Aber das Prinzip ist klar: Alle müssen sich das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget bis zur Klimaneutralität teilen. Alle werden sich bis dahin und auch in einer hoffentlich zukünftigen Null-Emissions-Wirtschaft ab der Mitte des Jahrhunderts die erneuerbare Energie teilen müssen und zwar zu je gleichen Anteilen. Gleiches Recht für alle – ob arm oder reich – ist Klima-Kommunismus, sehr richtig. Und das ist gut so.

Die Klimakrise bietet im Umkehrschluss weniger privilegierten Menschen die Möglichkeit zur Emanzipation. Das gerät bei all dem Geschimpfe über steigende Heiz- und Stromkosten bislang sträflich aus dem Blick. Wer wird sich noch als Normal- oder Geringverdiener:in über eine aufgeblasene Nebenkosten-Abrechnung aufregen, wenn es heißt: Zahltag, die Besserverdienenden müssen uns dafür bezahlen, wenn sie auch nur einen Bruchteil ihres luxuriösen Lebensstils aufrechterhalten möchten. Sie müssen dann Niedrig- oder Normalverdiener finden, die bereit sind, ihnen einen Teil ihres CO<sub>2</sub>-Budgets zu verkaufen.

Klima-Kommunismus ist ein nützliches Werkzeug. Nicht nur, um effektiven Klimaschutz, sondern auch, um mehr soziale Gleichheit zu ermöglichen. Noch sind insbesondere viele Menschen aus der unteren Einkommenshälfte eher skeptisch, wenn es um Klimaschutz geht. Kein Wunder, wittern sie doch zu Recht, dass sie die Zeche zahlen, die sie am wenigsten verursacht haben. Klima-Kommunismus beinhaltet die Möglichkeit, diese weitverbreitete Skepsis der – nennen wir sie an dieser Stelle – Arbeiter:innen-Klassen nicht nur zu entkräften, sondern regelrecht umzukehren. Klimaschutz muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass von unten nach oben umverteilt wird. Ganz im Gegenteil. Effektiver Klimaschutz bedeutet eine Umverteilung von oben nach unten. Viele

Menschen warten darauf und mögen es gar nicht mehr glauben. Verständlich. Aber veränderbar. Sie gilt es zu gewinnen.

Wie schwer es vielen fällt, diese Konsequenz offen auszusprechen, illustriert der aktuelle Bericht des Sachverständigenrats für Umweltfragen in Deutschland. Die beteiligten Wissenschaftler:innen konstatieren mittlerweile schonungslos:

»Je stärker gravierende Umweltschäden zutage treten und je mehr die Zeit für deren Beseitigung drängt, desto eher ist es erforderlich, das gesamte Spektrum der möglichen Lösungen zu nutzen. Dies schließt auch Verhaltensänderungen ein, falls diese einen substantziellen Beitrag zur Bewältigung leisten können.«<sup>12</sup>

Obwohl den Expertinnen und Experten klar ist, dass die Politik eingreifen muss, scheuen sie davor zurück, durchgreifende politische Maßnahmen vorzuschlagen. Obwohl sie betonen, dass es zwar unpopulär sei, »das Verhalten von Bürger:innen durch politische Instrumente zu beeinflussen«, die Akzeptanz dafür aber durchaus eine »veränderliche Größe« darstelle, gehen sie in ihren Empfehlungen nicht über die übliche Kombination von Anreizen und Erleichterungen für klimafreundliches Verhalten hinaus. Diese sollen mehr Menschen motivieren, sich klimafreundlich zu verhalten. Das Primat von am Markt orientierten Lösungen wird dabei nicht angetastet.

Im Hinblick auf den Fleischkonsum fällt dem Sachverständigenrat dann auch nicht viel mehr ein, als die Mehrwertsteuer auf Fleisch zu erhöhen und sie auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte abzuschaffen. Diese Form von Klimaschutz-Politik würde einmal mehr Menschen mit niedrigerem Einkommen belasten, wenn sie Fleisch essen. Finanzielle Entlastungen für diese Gruppe sollen da Abhilfe schaffen. Es steht dabei nur zu befürchten, dass am Ende wieder alles teurer wird, ohne dass der Klimaschutz davon in irgendeiner Weise profitiert. Denn welcher besser Verdienende wird sich dazu bewegen lassen, weniger Fleisch zu essen, nur weil er für das Kotelett 30 Cent mehr bezahlen muss?

---

12 Sachverständigenrat für Umweltfragen, Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern, Mai 2023.

Ein klima-kommunistischer Ansatz erlaubt es, solche Widersprüche zu überwinden. Um wirksam Klimaschutz zu betreiben, können wir die Klassenverhältnisse nicht mehr ignorieren. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass es an der Zeit ist, im Sinne des Klimaschutzes das kommunistische Versprechen einer klassenlosen Gesellschaft zu aktualisieren. Wenn wir von klassenloser Gesellschaft sprechen, meinen wir dies also nicht in einem totalitären Sinne. Noch sind wir so naiv zu glauben, dass alle sozialen Unterschiede verschwinden würden.

Es bedeutet aber, dass wir beim Klimaschutz weder gewillt sind, noch es uns leisten können, weiterhin Klassenunterschiede zu akzeptieren. Klima-Kommunismus bedeutet, dass sich politische Maßnahmen an dieser Einsicht zu orientieren haben. In der öffentlichen Diskussion zum Klimaschutz sollten wir daher mutiger sein. Sprechen wir offen aus, dass wir Zurückhaltung von jenen erwarten, die privilegierter sind als andere Menschen. Wir erwarten ein anderes Mindset. Eine Haltung des Sich-selbst-Zurücknehmens, ja, auch eine Kultur der Liebe und des Zusammenhalts in der Gesellschaft, um diese Aufgabe zu meistern und dabei zugleich Erfüllung zu empfinden. Wir können aber nicht darauf vertrauen, dass das freiwillig geschieht.